

Die Union, so scheint es, hat gelernt: „Man kommt an den neobürgerlichen Schichten einfach nicht mehr vorbei.“

Schwul, lesbisch ...

Müssen Schwule und Lesben Angst vor einer unionsgeführten Bundesregierung haben? Nein, denn die christlichen Parteien haben ihre längst anstehende geistig-moralische Wende vollzogen Angst essen Seele auf - und verdirbt Chancen

Diese Anekdote wird aus dem Jahre 2002 kolportiert. Sie soll sich in der Redaktion der Zeit zugetragen haben. Gast der Wochenzeitung war der christsoziale Politiker Michael Glos; man sprach über Rot-Grün und die Chancen von Edmund Stoiber, Gerhard Schröder zu schlagen. Am Ende sollen die irritierten Zeit - Gastgeber gefragt haben: Lieber Herr Glos, nun ja, aber eigentlich würden sie alles genauso machen, wie die Roten und Grünen es tun, nicht wahr? Wo aber liegt denn nun wirklich deren Unterschied zu Ihnen und den Ihren? Und Michael Glos habe so ertappt wie erschöpft gesagt: in der Homoehe!

Das war der Punkt, der die Konservativen im Lande um den Schlaf brachte, der Graben, der die Realpolitiker beider Lager noch trennte: daß da eine Regierung den einstigen Schmuddelkindern Rechte einräumte, die man doch exklusiv heterosexuell veranlagten Menschen vorbehalten wissen wollte. Mann und Mann - Frau und Frau: nicht daß man in der Union dachte, man könne Schwules oder Lesbisches zum Verschwinden bringen, aber doch wenigstens von der bürgerlichen Oberfläche fern halten: War das so schwer zu verstehen?

Sein Kummer war verständlich: Eine Hatz gegen die Homoehe war innerhalb der Union nur mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zu bündeln - wenn es denn überhaupt mehr als eine kulturkritische Empörung war. Schon das Begehrt einiger im CDU-Bundesvorstand, gegen das Gesetz per Unterschriftenaktion anzugehen, analog zur Kampagne Roland Kochs gegen ein liberales Ausländer- und Staatsbürgerschaftsrecht, scheiterte. Es hieß, die allermeisten Unionsmitglieder könnten an einem Infostand wohl gegen Ausländer mobil machen, nicht aber gegen Homosexuelle: Dann müsse man über das Unausprechliche, Sex!, reden. Igitt und Gott oh Gott, nein: Man saß in der Erklärungsfalle.

Der Frühsommer vor drei Jahren liegt freilich inzwischen, kulturkämpferisch gesehen, Jahrhunderte zurück. Seither ist viel passiert - und als Resultat scheint sich in der Union eine Art Realismus ausgebreitet zu haben: Man kommt an den neobürgerlichen Schichten, zu denen ja auch tausende von selbstbewußten Homosexuellen zählen, nicht vorbei. Zunächst sprach das Bundesverfassungsgericht ein Machtwort. Im Juli vor der Wiederwahl Gerhard Schröders hieß es zur Klage von unionsgeführten Bundesländern gegen das Gesetz zu Eingetragenen Lebenspartnerschaften, es kollidiere nicht nur keineswegs mit Artikel 6 des Grundgesetzes (Schutz von Ehe und Familie), vielmehr könne, wenn er denn wolle, der Gesetzgeber die Paare von Homosexuelle denen von Heterosexuellen vollständig gleichstellen. Passiert, wenn man so will, ist seither auch der Fall Ole von Beust und Roger Kusch. Der eine Bürgermeister von Hamburg, der andere Justizsenator. Beide verkörpern christdemokratische Politik - mit urbanem Einschlag. Als von Beust vom Rechtspopulisten Ronald Schill aufgrund seiner Homosexualität erpreßt werden sollte, zog der Bürgermeister den wichtigsten politischen Joker: Offenheit und Härte. Warf, als sei er ein konservativer Klaus Wowereit („Ich bin schwul, und das ist auch gut so“), Schill aus dem Senat und dementierte fortan nicht mehr, das zu sein, was er eben ist: ein konservativer Mann, der mit keiner Landesmutter aufwarten kann - und möchte.

Inzwischen gibt es reichlich konservative Politiker, die offen schwul leben. Auch auf regionaler Ebene.



Der norwegische Fotokünstler Peter Hegre inszeniert immer mal wieder in seinem Atelier und anderswo die gleichgeschlechtliche Liebe zweier Desmoiselles. Soll man Ihnen die Möglichkeit einer Eheschließung verwehren? Täte man dies, es würde an der hier dargestellten Szene wenig ändern. Soll doch mal wer kommen und sagen, diese beiden Mädels böten keinen erfreulichen Anblick! Mag ja sein, daß der Fotograf in Norwegen hin und wieder noch Ärger bekommt. In den Nachbarländern schon lange nicht mehr: Honi soit qui mal y pense!

Nirgendwo unter Unions-Ägide ist eine Christopher-Street-Day-Parade abgesagt worden. Ein Verhalten unter rot-grüner Bundesregierung ist allerdings nur das eine - das andere, wie es wäre, unter schwarzer Regentschaft zu leben: Muß man vor einem Wahlsieg der Union, gemessen an den bürgerrechtlichen Anliegen der Homosexuellenbewegung, Angst haben?

Erstaunlich, aber wahr: Niemand hat diese Angst. Und zwei Unionsabgeordnete bestätigen: Die Angst sei „unbegründet“, teilt die CDU-Abgeordnete Michaela Noll mit, „am Status quo des Lebenspartnerschaftsgesetz werden wir nichts ändern“. Vielmehr müsse in den „Köpfen der Menschen“ noch vieles bewegt werden, „damit es eben kein Ausgrenzen, kein Beargwöhnen und kein Verurteilen mehr gibt“. Ihr Fraktionskollege Jürgen Gehb, Nachfolger des antihomosexuellen Norbert Geis als rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, sekundiert ebenso deutlich: „Die Union wird nicht an bestehenden Regelungen zur Lebenspartnerschaft rütteln.“

Ein führender Mitarbeiter der Unionsfraktion erklärt diese Haltung: „Rot-Grün hat gute Reformarbeit geleistet. Und wir als Konservative haben jetzt die Aufgabe, die kulturelle Avantgarde in unsere ängstliche Wählerschaft zu vermitteln - das Bundesverfassungsgericht hat uns dabei sehr geholfen. Man hört auf das höchste Gericht.“ Konservative überhaupt hätten die Rolle von Moderatoren: „Aids in den Achtzigern war ja unter einer Unionsregierung auch zunächst mit viel Furcht ver-

bunden. Aber Heiner Geißler und Rita Süßmuth haben es geschafft, die Paranoia von Politikern wie Peter Gauweiler nicht Politik werden zu lassen.“

Ein seltsamer Friede, der sich da zeichnet: Wo sind aber all die schrillen Stimmen geblieben, die den Untergang des Abendlandes durch die Homoehe angekündigt sahen? Weshalb hat neulich noch die Union im Rechtsausschuß zum Gesetz über die Stiefkind-Adoption eine evangelikale Expertin aufgeboten, die nichts anderes mitzuteilen wußte, als daß Homosexuelle erfolgreich geheilt werden könnten? Der Insider der Union wiegt den Kopf und sagt: „Ein Kompromiß, diese Frau. Sie stellte die Hardcore-Christen in der Fraktion ruhig. Die meisten von ihnen werden aber bei Neuwahlen nicht mehr im Bundestag sitzen.“

Fänden die in der Union kein Gehör mehr? Der Experte sagt darauf nur knapp: „Wir bekommen dauernd Post. Von Maria-Goretti-Freundeskreisen und anderen Chargin. Wir gucken uns diese Briefe an und legen sie sacht in den Papierkorb. Wir können mit denen keine Wahl gewinnen - und darum geht es, nicht um Kulturkämpfe von vorgestern.“

Die ja ohnehin nicht zu gewinnen sind. Vor Monaten erst, als Horst Köhler seinen bundespräsidentialen Antrittsbesuch in Berlin machte, waren Fernsehbilder auf ihre Art mächtig: Köhler schritt mit Gattin durch das Brandenburger Tor, begleitet von Klaus Wowereit und seinem Lebensgefährten Jörn Kubicki. Subtiler läßt sich der Auftakt (nicht

Schlupfunkt!) von Modernität kaum demonstrieren.

Johannes Kahrs, SPD-Bundestagsabgeordneter und Sprecher des konservativen Seeheimer Kreises, sagt: „Früher war die Schwulenbewegung eine der Graswurzeln, der Achtundsechziger und Grünen. Heute sind überall Homosexuelle, und die meisten wollen sich nicht mehr verstecken. Das haben sie den Grünen zu verdanken. Aber die politisch-kulturelle Bewegung ist erwachsen geworden - und die Parteien müssen das auch.“

Hätte ja sein können, daß die von Edmund Stoiber als „Leichtmatrosen“ gescholtenen Merkel und Westerwelle wirklich Schröder und Fischer beerben. Ein offener schwuler Außenminister: Westerwelle hätte sich wahrscheinlich kaum träumen lassen, daß dieser Job für ihn erst nach seinem Coming-out möglich wird. Nicht nur er lernte: Offenheit ohne exhibitionistische Allüren lohnt - das haben die in der Union allmählich auch begriffen. So gut, daß sie - offen jedenfalls, nicht mal mehr gegen „diese Ehe“ zu Felde ziehen mag:

Die Verbesserung der rechtlichen Situation homosexuell liebender Partnerschaften ist ein ausdrücklicher Wunsch von homosexuell lebenden Menschen. Keine einzige heterosexuelle Ehe wird von der Realisierung dieses Wunsches beeinträchtigt oder in anderer Weise berührt. Erwachsenen Menschen die Entscheidung zu verwehren, die Form ihres Zusammenlebens zu bestimmen (was praktisch die aktuelle Situation

für homosexuell Liebende ist), stellen natürlich eine Diskriminierung für die Betroffenen dar. Wir sehen eben darin Schuld.

Die Forderung nach Restriktion darf sich in unserer Republik wieder auf ein interpretatorisches Unvermögen gründen, das zwischen Aufklärung über den Gegenstand und dessen Darstellung nicht trennen kann. Jenseits von populistischem Politikergequatsche in Heidelberg wie anderswo geht es mit dieser gespielten Aufregung um die sogenannte Homoehe und darum, ob die nun (wie in Heidelberg) soll im Trauzimmer vor dem Standesbeamten geschlossen werden können, oder profan im Bürgeramt neben der KFZ-Zulassung (wie etwa in Mannheim und Karlsruhe) auch und immer mal wieder der Liebe an den Kragen, wird der Liebe jener allgemeine Stempel aufgedrückt, der sie zu einer gesellschaftlichen Form macht. Da gilt dann: keine Zärtlichkeit ohne Hintergedanken, keine Freundschaft ohne Verbräuen, kein sich Schönmachen ohne Reklame, keine Hingabe ohne Besitzenwollen, kein Glücklichein, ohne es hinauszuschreiben. Bewegte Starre, Genußfeindschaft im Genuß, beziehungsvolle Beziehungslosigkeit, Treulosigkeit in der Treue, Menschenverachtung in der Liebe, all dies bedeutet - gleich welcher Art - der Fetisch Liebe heute. Jahrzehntelang wurde geredet und geschrieben über „Beziehungen“, „Verkehrsformen“, „Sexualitäten“ und dergleichen mehr, etwa über „das Paar“ und seine „Behandlung“. Und jetzt hängen Tumblinge jeder Couleur all dies an der Homoehe wieder auf ein Neues auf ...

Nach jedem neuen populistischen Politikergejaule befürchte ich, Liebe könne eines Tages - trotz ihrer Hochschätzung in der Kultur - als Krankheit im Sinne der Reichsversicherungsordnung liquidiert werden. Schließlich ist sie es, die immer wieder versucht, mit den Mitteln des Rauschs, der Sucht, des Wahnsinns, der Ekstase das Erstarnte zum Tanzen zu bringen. Das aber ist heutzutage mehr denn je ein Wagnis, weil wir ebenso auf Abwehr, das Niederhalten der Affekte und das Einpassen in die erstarrte Realität angewiesen sind.

Die unseren Sozialbeziehungen abträgliche Leibfeindlichkeit, der als natürlich empfundene Ekel vor dem Körperhaften, trägt uns bereits in unsrer Kindheit in die kollektive Neurose unserer Kultur hinein und macht uns zu deren Reproduzenten. Ekklesiogene Neurosen Kirche will weder wahrhaben, noch glauben, daß Sinneswahrnehmungen an der Nahtstelle von natürlicher Lebenskraft und Geist angesiedelt sind. Unsere Sinne sind unabdingbar für uns. Ohne sie gehen wir zugrunde. Aber sie sind auch Vermittler des Denkens, ohne sie ist Denken nicht möglich; es wird zum reinen Automatismus, gleichgültig gegenüber der Freiheit und dem Wollen. Die Sinne sind an die elementare Funktion des gesellschaftlichen Lebens gebunden: das Geschlechtsleben. Mit ihrem greisig(neidisch?)en Geplapper dazu beweisen jedenfalls einige von des Himmels Bodenpersonal, daß sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen oder können, daß Geschlechtsleben nicht nur mit Reproduktion zu tun hat, nicht nur mit dem Koitus im Hinblick auf die Fortpflanzung, sondern eine der grundlegenden Modalitäten unserer menschlichen Lebensbedingungen darstellt.

Die Freude über die sanktionierte Schwester-Ehe könnte nicht größer sein, würde ihnen Vater Staat die exklusiven Anbaurechte für Frühlingszwiebeln überlassen, oder, huch, gar nicht auszudenken, gestatten, subventioniert eine zweifarbene Rosensorte mit Namen „Castor & Pollux“ zu züchten.. Scherz beiseite: Es kann doch ernsthaft kein Homosexueller so naiv sein - nicht einmal die konservativen Lobbyisten der Homoehe - zu glauben, mit diesem neuen Rechtsgebilde wäre das Ende der Diskriminierung erreicht, weil nämlich weder Kirche noch Staat das wollen.

Womit künftig zu rechnen sein wird, hat uns gerade die ehemalige „Herin“ der Justiz Herta Däubler-Gmelin in ihrem Grußwort an ein schwules Chorfestival vorgeführt: „Es ist an der Zeit“, rief sie den rosa Sängern zu, „daß allgemein anerkannt wird, daß auch in lesbischen und schwulen Lebensgemeinschaften Liebe, Anerkennung und“ (sic) „Wärme vorzufinden ist.“ Was mag sie wohl erwartet haben? Sodom und Gomorrah? Das Hempel'sche Chaos unter dem schwulen Sofa? Oder was? Nein, niemand hat Grund, stolz zu sein auf diese „eingetragene Lebenspartnerschaft“. Und diese sogenannte Ehe als Ende der Diskriminierung zu bezeichnen, ist blanker Zynismus; hingegen wird Ungleichheit damit gerade offiziell zementiert, und zu guter Letzt ist damit die Chance einer längst überfälligen wirklichen juristischen Gleichstellung auf lange Zeit vertan. Und die „Betroffenen“, die Homos? Als wären ihnen die selbstgestrickten Hierarchien nicht schon Last genug, lassen sie sich jetzt auch von außen teilen: In die Guten und die weniger Guten, in die anständigen Paare und die Hedonisten, Promisken und Unbelehrbaren.

Erare humanum est! „Erare humanum est“ - „Irrren ist menschlich“. Die Abkürzung dieser lateinischen Binsenweisheit ist nun mal: E h e - und die gerade zur Debatte stehende sogenannte Homoehe ist eben genau das. Derzeit jedenfalls. Wer sagts denn?

Jürgen Gottschling.